Frankfurter Allgemeine 22.06.2016 Rente

Koalition steuert auf heißen Renten-Herbst zu

Ministerin Nahles plant einen Dialog über die private und betriebliche Vorsorge. Wohin könnte die Reise gehen?

Von Kerstin Schwenn

BERLIN, 21. Juni. An diesem Donnerstag kommen die Bundesregierung und die Sozialpartner wieder auf Schloss Meseberg zusammen. Die Frequenz der Treffen ist zurzeit hoch. Erst vor kurzem waren die Arbeitgebervertreter ins Kanzleramt geladen: Dort trafen Arbeitgeber-Präsident Ingo Kramer und sein Hauptgeschäftsführer Reinhard Göhner auf Kanzlerin Angela Merkel, CSU-Chef Horst Seehofer, Vizekanzler Sigmar Gabriel und Arbeitsministerin Andrea Nahles (beide SPD). Es ging um die Rente – also um das Thema, das durch Seehofers und Gabriels Lamentieren über ein sinkendes Rentenniveau zum Wahlkampfschlager des nächsten Jahres werden könnte. Zur Überraschung der Arbeitgeber, die auf alle Fragen von Altersarmut bis Betriebsrente eingestellt waren, blieb jedoch ein Thema bei dem Treffen komplett außen vor: das Rentenniveau.

Von Nahles ist zu hören, dass sie die von Gabriel befeuerte Rentenniveau-Debatte am liebsten ganz vermieden hätte – wohlwissend, dass im komplizierten Rentensystem das isolierte Drehen an einer Stellschraube eine Unwucht anderswo nach sich zieht. Die Ministerin hat deshalb für den Herbst ein „umfassendes Rentenkonzept" versprochen. In Berlin wird erwartet, dass sie ihre Pläne zusammen mit dem jährlichen Rentenversicherungsbericht und dem alle vier Jahre erscheinenden Alterssicherungsbericht der Bundesregierung Ende Oktober oder Anfang November präsentieren wird.

Was in dem Rentenkonzept stehen soll, will Nahles „im Dialog" ermitteln. Dazu hat sie Sozialpartner, Wissenschaftler und Sozialpolitiker für den 8. Juli eingeladen, 18 Fachleute sollen dann zusammensitzen. Schon an diesem Donnerstag beginnen auf Arbeitsebene die Vorbereitungen für das Treffen, auf dem es vorrangig um die private und betriebliche Altersvorsorge gehen soll. Anfang Oktober stehen dann Veränderungen bei der gesetzlichen Rente auf der Dialog-Agenda. Für den 20. Oktober ist eine Abschlusssitzung mit Kommuniqué geplant.

Die Union kocht derweil ihr eigenes Renten-Süppchen. Finanzstaatssekretär Jens Spahn und Gesundheitsstaatssekretär Karl-Josef Laumann sind beauftragt, dem Parteipräsidium Anfang Juli ihre Ideen zur Alterssicherung zu präsentieren – allerdings ohne ein formelles Papier vorzulegen. Gerüchte besagen, dass an einem solchen Papier im Kanzleramt gearbeitet wird. Verwirrungen sollen daher vermieden werden. Erst kürzlich war Seehofer von der Absicht abgerückt, im Herbst ein eigenes CSU-Rentenkonzept vorzulegen. Die bayerische Sozialministerin Emilia Müller (CSU) soll nun vielmehr Spahn und Laumann zuarbeiten.

In einem Punkt sind sich die Koalitionspartner grundsätzlich einig: Die Rahmenbedingungen der betrieblichen Altersversorgung sollen verbessert werden. Wenn die zusätzliche Vorsorge attraktiver wird, so der Gedanke, schrumpft auch das Risiko der späteren Altersarmut. Mit den Betriebsrenten befasst sich das Nahles-Ministerium schon seit zwei Jahren. Da es auch um die steuerliche Förderung geht, ist die Zusammenarbeit mit dem Finanzministerium eng. Ein grundlegendes Gutachten des Würzburgers Professors Dirk Kiesewetter liegt seit langem auf dem Tisch. Sozialstaatssekretärin Yasmin Fahimi und Finanzstaatssekretär Johannes Geismann basteln an einem Gesetzentwurf, den Nahles aber erst nach dem Dialog-Treffen am 8. Juli an die Ressorts verschicken wird. Zum einen will sie die Spannung nicht aus dem Prozess nehmen, zum anderen sind immer noch wichtige Fragen offen – etwa die Arbeitgeberhaftung für die Betriebsrenten. Gerade auch für kleinere Betriebe soll es interessanter werden, für ihre Mitarbeiter vorzusorgen. Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) ist bereit, sich die steuerliche Begünstigung oder dem Riester-Modell ähnliche Zulagen für die Betriebsrenten einiges kosten zu lassen. Ein Betrag über der Milliardengrenze sei allerdings tabu, heißt es in Berlin.

Würden sich die Koalitionspartner einig, könnte das neue Betriebsrenten-Gesetz Mitte September vom Kabinett verabschiedet werden und dann in den Bundestag gehen. Im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens könnten weitere Aspekte aufgesattelt werden, wenn denn die Rentennovelle wirklich so umfassend werden sollte wie manchmal unterstellt. Sozialpolitiker der Koalition warnen aber derzeit vor zu hohen Erwartungen. Man dürfe das als „groß" angekündigte Rentenkonzept nicht überfrachten. Sonst stehe man am Ende mit leeren Händen da. Die Fachpolitiker treibt die Sorge um, auch Verbesserungen bei der betrieblichen Altersversorgung könnten am Ende unterbleiben, wenn man sie mit den übrigen heiklen Punkten zu sehr vermische, die in der Sackgasse endeten.

Zu den übrigen heiklen Punkten gehört die bessere Alterssicherung der Selbständigen. Während die SPD zu der Variante neigt, alle Selbständigen in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen zu lassen, um so zu einer Mindestabsicherung gegen Altersarmut zu kommen, denkt die Union über Wahlmöglichkeiten nach. Danach könnte vielleicht eine sogenannte Rürup-Rente als Nachweis einer Absicherung für das Alter genügen oder gar Immobilieneigentum. Ein Kompromiss könnte sein, so eine Option zu befristen oder sie besonders armutsgefährdeten Solo-Selbständigen vorzuenthalten..

Ein zweites heißes Eisen ist die „solidarische Lebensleistungsrente", ein leicht abgewandeltes Lieblingsvorhaben der vormaligen Sozialministerin Ursula von der Leyen (CDU). Sie sorgte in den Koalitionsverhandlungen 2013 dafür, dass das Projekt Eingang in den Koalitionsvertrag fand. Nahles muss mit diesem Erbe leben. Ziel ist es, Arbeitnehmern, die jahrzehntelang in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt haben und die auch zusätzlich vorgesorgt haben, Altersbezüge oberhalb des Betrages der staatlichen Grundsicherung zu verschaffen – auch um die Legitimation der Rentenversicherung zu stärken. Das Manko der Lebensleistungsrente ist die Vermischung von Versicherung und Fürsorge. Das Prinzip, dass sich die Auszahlungen nach den Einzahlungen richten, würde weiter aufgeweicht. Und der Plan käme den Finanzminister teuer, würde nach Schätzungen des Ministeriums im Jahr 2030 rund 3 Milliarden Euro kosten. Im nächsten Haushalt hat Schäuble vorsorglich 180 Millionen Euro dafür eingeplant.

Mit spitzen Fingern fassen die Koalitionäre nach wie vor das Thema Ostrenten an. Die Angleichung der Rentenwerte in Ost und West steht seit Jahren auf der Agenda. Weil eine bezahlbare Angleichung jedoch – entgegen der Werbung der Linken – besonders Nachteile für jüngere Ostdeutsche brächte, wird die Regierung sie in dieser Legislaturperiode nicht mehr in Angriff nehmen. Geplant ist nur noch ein Bericht zu den Ostrenten.

Der letzte heikle Punkt: das schrumpfende Rentenniveau, das Steckenpferd Seehofers und Gabriels. Im Wahlkampf könnte das Stichwort die Parteien zu einem Überbietungswettbewerb reizen, der die nächste Bundesregierung teuer zu stehen kommt – ähnlich wie beim letzten Mal die Versprechen der „Rente mit 63" und der Mütterrente. Offiziell reicht die Prognose der Bundesregierung zum Rentenniveau bislang nicht über 2030 hinaus. Verschiedene wissenschaftliche Untersuchungen sagen auch für die Zeit danach ein langsam weiteres Absinken voraus. Eine elegante Lösung zur Vermeidung von Wahlkampfschlachten geistert schon durch die Hauptstadt: Die Koalition könnte die für 2030 anvisierte Untergrenze von 43 Prozent der Durchschnittsverdienste im Gesetz vorsorglich bis 2040 fortschreiben. *(Gibt es den dritten Weg in der Altersvorsorge? Seite 35.)*